

Die Vertreterversammlung der Arbeitskammer formuliert Anforderungen an die neue Landesregierung für ein GUTES MORGEN im Saarland und wirbt für die Betriebsratswahlen

Im Saarland stehen in diesem Frühjahr für viele Saarländer zwei wichtige Wahlen an. Zum einen stehen am 27. März 2022 die Landtagswahlen an, parallel können viele Beschäftigte in den turnusmäßig stattfindenden Betriebsratswahlen ihre Stimme abgeben und für mehr Demokratie in den Betrieben eintreten.

Die saarländische Wirtschaft befindet sich in einem gigantischen Strukturwandel. Viele Beschäftigte in der Stahl- und Automobilindustrie, bei deren Zulieferern, Dienstleistern und im Handwerk machen sich Gedanken und Sorgen um ihre Zukunft.

Das Saarland braucht eine starke Landesregierung und starke Betriebsräte, um die Transformation – diesen gigantischen Strukturwandel – im Sinne der Beschäftigten und der Unternehmen zu meistern. Deshalb ist die Beteiligung bei der Wahl der Landesregierung und den Betriebsräten notwendiger denn je. Eine hohe Wahlbeteiligung ist dabei Gradmesser für eine funktionierende Demokratie.

Die neue Landesregierung, die nach den Wahlen am 27. März gebildet wird, muss ihrer Rolle gerecht werden und den Strukturwandel aktiv und mit aller Kraft gestalten. Die Arbeitskammer des Saarlandes hat dazu sieben Punkte entwickelt, die als Forderungen an die neue Landesregierung gestellt, entscheidend für ein gutes Morgen im Saarland sein werden.

- 1. Die Landesregierung muss finanzielle Spielräume für das notwendige Jahrzehnt der Investitionen sicherstellen.** Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene für eine Reform der Schuldenbremse hin zur Goldenen Regel, eine Lösung der Altschuldenfrage für die Kommunen sowie für eine Reform für eine gerechtere Einkommens- und Vermögensbesteuerung einsetzen. Der finanzpolitische Spielraum der öffentlichen Hand muss dringend an die Größe der Herausforderungen angepasst werden. Mit der in der Wissenschaft anerkannten „Goldenen Regel“ soll die Schuldenbremse in der Art weiterentwickelt werden, dass eine Schuldenaufnahme für Investitionen wieder möglich wird.
- 2. Die Landesregierung muss die Transformation aktiv gestalten.** Die Landesregierung muss die aktive Rolle des Staates anerkennen und eine beteiligungsorientierte und mitbestimmte Transformationsstrategie unter der Leitlinie „Gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit sowie ökologische Nachhaltigkeit“ entwickeln. Es darf nicht mehr um das ob gehen, sondern um das wie.

Von Bundes- und europäischer Ebene stehen hohe Summen an Fördergeldern (es geht um Milliarden) für die Gestaltung von Transformationsprozessen zur Verfügung. Es konnten schon viele Projekte von saarländischen Akteuren – häufig unter Beteiligung von Arbeitskammer, der Technologieberatungsstelle BEST und Gewerkschaften – gewonnen werden.

Das große Potenzial muss jetzt durch die Vernetzung der vielfältigen Aktivitäten und Strategien gehoben und die notwendigen Mittel ins Land geholt werden. Die Vernetzung muss aber auch die zahlreichen Bündnisse und Runden Tische im Land miteinschließen und aus einer Hand von der Landesregierung koordiniert werden. Dabei muss die Beteiligung der Beschäftigten bzw. ihrer Interessenvertretungen immer gewährleistet sein. Die Arbeitskammer fordert daher, die Strukturwandelinitiative zu einem operativen Strukturrat weiterzuentwickeln.

- 3. Die Landesregierung organisiert eine verstetigte Weiterbildungsoffensive.** Hier kann das Land auf Vorarbeiten der Arbeitskammer aufbauen, in dem es wirksame Instrumente, wie das „Weiterbildungsportal Saarland“ und das Projekt „Weiterbildungsverbünde“ konsequent weiterentwickelt. So kann eine neue Weiterbildungskultur im Land entwickelt werden, die Beschäftigte durch die kommenden Veränderungen im Beruf lotsen kann. Ergänzend müssen dann die passenden Arbeitsmarktprogramme genutzt werden, um jeder Saarländerin und jedem Saarländer den (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Das Land kann hier auf die entsprechenden Bundesprogramme zurückgreifen. Die neue Regierung muss aber auch auf Berlin einwirken, dass diese Programme ausgebaut und verstetigt werden.
- 4. Die Landesregierung muss ihre Sozialpolitik zur Bekämpfung verfestigter Armutsrisiken stärken.** Der mit vielen Akteuren entwickelte Aktionsplan Armutsbekämpfung muss umgesetzt und weiterentwickelt werden. Steigende Lebenshaltungskosten, v.a. Energiekosten, führen für immer mehr Menschen zur Existenzgefährdung. Die Arbeitskammer fordert daher von der Landesregierung ein mindestens einjähriges Moratorium zur Aussetzung von Energiesperren. Und prekäre Arbeit und atypische Arbeitsbedingungen müssen zurückgedrängt, zumindest aber reglementiert werden. Dies gilt für sachgrundlose Befristungen (insbesondere auch in der öffentlichen Verwaltung), Minijobs, Werkvertrags- und Leiharbeit und auch für die 24-Stunden-Pflege. Notwendig ist zudem die weitere Unterstützung der bei der AK angesiedelten Beratungsstelle Wanderarbeit durch die Landesregierung.
- 5. Die Landesregierung steht für eine Bildungspolitik mit echter Chancengerechtigkeit und muss deshalb in allen Bildungsbereichen personell und finanziell deutlich aufstocken.** Im Kita-Bereich und im Schulsystem sind für mehr Chancengleichheit höhere und zielgerichtete Investitionen nötig. Dabei kommt es der Arbeitskammer in gleichem Maße auf Qualität und Beitragsfreiheit an. Investiert werden muss in höhere Qualität der Betreuung und Bildung sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für

Erzieher*innen und Lehrer*innen. Investiert werden muss aber auch in eine Beitragsfreiheit, die gerade für einkommensschwächere Familien oder Alleinerziehende von großer Bedeutung ist und oft erst Teilhabe an Bildung möglich macht. Außerdem müssen die Betreuungsplätze dringend weiter ausgebaut werden.

Die Zahl der Ausbildungsplätze ist seit Jahren rückläufig. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf. Die Landesregierung muss die bereits für die jetzige Legislaturperiode angekündigte Unterstützung einer Umlagefinanzierung zeitnah angehen sowie Sorge dafür tragen, dass die Verbundausbildung stärker als bisher genutzt wird. Zudem müssen die beruflichen Schulen modernisiert werden.

Die Landesregierung muss die Grundfinanzierung der Hochschulen nachhaltig sichern. Nur mit einer planbaren, dauerhaft auskömmlichen und dynamischen Grundfinanzierung sind die Anforderungen in Forschung und Lehre erfolgreich zu erfüllen sowie notwendige Verbesserungen der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen voranzubringen.

- 6. Die Landesregierung muss den Pflegenotstand ernsthaft angehen und Lösungen auf den Weg bringen.** Dazu gehören umfassende Strukturveränderungen, eine bessere Personalausstattung und höhere Löhne in der Pflege. Eine schnelle Aktualisierung des überfälligen Landespflegeplans in Hinblick auf stationäre, ambulante und häusliche Pflege ist dringend geboten. Gute Pflege muss zugleich für Anspruchsberechtigte bezahlbar sein. Die Arbeitskammer fordert daher ebenso eine konsequente Weiterentwicklung der solidarischen Pflegeversicherung.
- 7. Die Landesregierung muss die Tarifbindung und die Mitbestimmung der Beschäftigten in den saarländischen Betrieben und Dienststellen stärken.** Die Landesregierung setzt das Fairer Lohn Gesetz konsequent um und entwickelt es im Sinne Guter Arbeit weiter. Dabei muss auch die Möglichkeit einer wirkungsvollen Kontrolle gegeben werden. Auch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss vorangebracht werden. Das Land muss hier ggfls. mit dem Bund aktiv werden.

In den Betrieben laufen gleichzeitig die Betriebsratswahlen. Dort gilt es, die Mitbestimmung und damit die demokratischen Strukturen im Betrieb zu stärken. Mit Wahlbeteiligungen von in der Regel über 75 % zeigt sich der starke Wunsch nach Mitbestimmung und demokratischen Prozessen am Arbeitsplatz. Es braucht aber noch mehr Betriebe mit Betriebsräten. Auch die Landesregierung muss die Mitbestimmung stärken. Sie sollte deshalb die Fördermittelvergabe an Kriterien Guter Arbeit und Mitbestimmung im Betrieb knüpfen.

Die Arbeitskammer fordert aber nicht nur, sondern handelt auch entschlossen und gemeinsam mit den Gewerkschaften.

In vier thematischen AK-Foren vor der Landtagswahl zur Mobilität (2.2.22), Bildung (17.2.22), Pflege (9.3.22) und schließlich der Transformation (14.3.22) wird den Spitzenkandidaten der Parteien auf den Zahn geföhlt und mit ihnen die Positionen von AK und Gewerkschaften zu den aus Arbeitnehmerperspektive wichtigen Themenfeldern diskutiert.

Vor den Wahlen (21.2.22) veröffentlicht die Arbeitskammer „Wahlprüfsteine“. Den zur Wahl stehenden Parteien wurden acht Fragen gestellt, wie sie aus Arbeitnehmersicht wichtige Themen angehen wollen. Die neue Ausgabe der AK Konkret (18.2.22) behandelt im Titelthema die anstehenden Landtagswahlen. Ein kurzer Rückblick auf die noch laufende Legislatur, verbunden mit einem Ausblick und Forderungen aus Arbeitnehmersicht sollen für die Wahl orientieren helfen. Schließlich wird im März ein AK Special zur Landtagswahl veröffentlicht. Dort werden wir kompakt ein Programm aus Arbeitnehmerperspektive vorstellen, als Grundlage zur Gestaltung einer Politik für DAS GUTE MORGEN im Saarland.

Eine Social Media Kampagne wird die Aktivitäten und Informationen rund um die Landtagswahlen, mit denen zur Betriebsratswahl verbinden. Dazu werden die im Rahmen des Mitbestimmungspreis 2021 erstellten Clips der teilnehmenden Betriebs- und Personalräte, die mit kurzen Statements ihre engagierte Arbeit vorstellen, gezeigt. In einem neuen Format „Eckstein-Talk“, gemeinsam produziert von AK, BEST und Transformationswerkstatt der IG Metall, werden regelmäßig Expertinnen und Experten zur Transformation interviewt. Ergänzend werden die Themenkacheln der Hans Böckler Stiftung sowie den Gewerkschaften verlinkt und wo möglich ggfls. auch auf saarländische Belange angepasst. Den inhaltlichen Rahmen geben die weiter oben beschriebenen 7 Punkte der Arbeitskammer zur Zukunft des Saarlandes vor.

Die Transformation muss gestaltet werden. Daher arbeitet die Arbeitskammer auch weiter an allen wichtigen Projekten mit und setzt Impulse. Dazu gehören u.a. die Strukturwandelinitiative, das Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar, der Umweltpakt sowie das Projekt H2 Campus im Landkreis Saarlouis. Die Arbeitskammer treibt Themen aber auch selbst an. So konnte ein Forschungsprojekt zu Wasserstoff über die KoWA an die Universität des Saarlandes vergeben werden. Ein zweites ergänzendes Forschungsprojekt zu Wasserstoff ist aktuell in der finalen Abstimmung mit der HTW des Saarlandes und soll ebenfalls über die KoWA vergeben werden. Schließlich entsteht aktuell der Bericht an die Landesregierung mit dem Schwerpunktthema Bildung. Bildung wird ein Schlüssel für die Zukunft des Saarlandes und hilft auf dem Weg zu einem GUTEN MORGEN.